

## Zentrale Ergebnisse

Workshop zu rechtlichen und politischen Interventionsmöglichkeiten bei drohender Abschiebung von weiblicher Genitalbeschneidung (FGM) betroffenen Personen, insbesondere wenn der FGM-Aspekt im Asylverfahren nicht berücksichtigt wurde 12. Schwerpunkt auf Härtefallkommission, Petitionsverfahren und politischer Lobbyarbeit als letzte Instrumente nach Ausschöpfung rechtlicher Wege 34. Dringende Notwendigkeit besserer Vernetzung und kollektiver Dokumentation von Abschiebungsfällen identifiziert 56.

## Getroffene Entscheidungen

- **E-Book mit Handlungsempfehlungen:** Günter Haverkamp wird vorhandenes E-Book zu Interventionsmöglichkeiten bei drohender Abschiebung überarbeiten und Verenas rechtliche Expertise sowie aktuelle Informationen (z.B. zu Krankenhausabschiebungen) integrieren 78
- **Ressourcenliste erstellen:** Aufbau einer Liste mit Partnerorganisationen in Prävalenzländern (deutsche NGOs, GIZ-Stellen) zur Vorbereitung auf mögliche Abschiebungen 910
- **Notfallgruppe reaktivieren:** Günter bietet an, die frühere Notfallgruppe beim Runden Tisch wieder zu aktivieren für schnelle Intervention bei akuten Abschiebungsfällen 1112

## Rechtliche Handlungsmöglichkeiten nach Asyablehnung Aufenthaltsrechtliche Alternativen

- **Ermessensduldung** für Personen in Ausbildung oder kurz vor Schulabschluss prüfen 1314
- **Ausbildungsduldung** wenn entsprechende Voraussetzungen vorliegen 14
- **Bleiberecht nach Integration:** 6 Jahre Aufenthalt (alleinstehend) oder 4 Jahre (mit minderjährigen Kindern) bei Arbeitsnachweis und Lebensunterhaltssicherung 1415
- **Familienrechtliche Anknüpfungspunkte:** Kind mit Person in Deutschland kann Duldungsgrund sein 15

## Härtefallkommission

- **Antragsvoraussetzungen:** Detaillierte Darstellung (50-60 Seiten mit Anhängen) der Gesamtsituation mit allen Integrationsleistungen, Stellungnahmen von Schule, Kirchengemeinde, Vereinen, Fachberatungsstellen 1617
- **Verfahren:** Kommission tagt ca. 12x jährlich in NRW, gibt Empfehlung an Ausländerbehörde (keine bindende Entscheidung) 1819
- **Aufschiebende Wirkung:** Bundeslandabhängig (in NRW nicht rechtlich geregelt, aber Behörden schieben meist während Verfahren nicht ab) 1920
- **Nachreichung möglich:** Stellungnahmen können bis zur Sitzung nachgereicht werden, Kommission über fehlende Unterlagen informieren 202122
- **Antragsberechtigung:** Kann auch von Dritten (Beratungsstellen, Ehrenamtliche) eingereicht werden 1718

## Petitionsverfahren

- **Politisches Vermittlungsinstrument:** Petitionsausschuss (Landtag/Bürgerschaft) vermittelt zwischen Person und Ausländerbehörde, kann Empfehlungen aussprechen 423
- **Keine eigene Aufenthaltserlaubnis:** Ausschuss kann nur bestehende Ermessensspielräume aktivieren oder Wartefristen empfehlen 2324

- **Aufschiebende Wirkung:** In den meisten Bundesländern nicht (Ausnahme Hamburg), dennoch oft faktisches Abwarten der Behörden 2526
- **Kombinierbar:** Härtefallantrag und Petition können parallel laufen 26
- **Bundeslandspezifisch:** In Hamburg muss Petition vor Härtefallantrag erfolgen 25

## Politische Lobbyarbeit und Öffentlichkeitsarbeit Direkte Kontakte zu Abgeordneten

- **Landtags-/Bundestagsabgeordnete** gezielt ansprechen, besonders bei bestehenden Kontakten oder regionaler Zuständigkeit 2728
- **Bildungseffekt nutzen:** Abgeordnete werden durch Petitionen sensibilisiert und tragen Themen in Parteigremien und Ausschüsse 2930
- **Parteiabhängigkeit:** Grüne und SPD historisch engagierter, auch Linke; FDP und AfD weniger responsiv 30
- **Gesammelt agieren:** Mit Schule, Beratungsstelle, Kirchengemeinde gemeinsam Abgeordnete kontaktieren erhöht Wirkung 28

## Medienarbeit

- **Live-Sendungen nutzen:** Bei thematisch passenden Radiosendungen (Deutschlandfunk etc.) anrufen und Einzelfälle einbringen 3132
- **Pressearbeit:** Presseerklärungen, Pressekonferenzen, Kontakt zu Zeitungen und Nachrichtenagenturen 31
- **Anlässe schaffen:** Mit vorhandenem Anlass (drohende Abschiebung) weitere mediale Aufmerksamkeit durch Bilder, Aktionen erzeugen 32
- **Ministerien einbeziehen:** Auch Bundesinnenminister anschreiben – für Medien relevant, dass alle Ebenen kontaktiert wurden 3334

## Weitere politische Ebenen

- **Kommunale Ebene:** Parteien, Bundestagsabgeordnete vor Ort 32
- **Gewerkschaften** einbeziehen 33
- **Europäische Ebene:** Europaabgeordnete, Petitionsausschuss des Europaparlaments 34
- **Kinderkommission** (Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder) in Landtagen und Bundestag bei Minderjährigen 3536

## Abschiebungsschutz und Rechte Schulen und Krankenhäuser

- **Keine Kooperationspflicht:** Schul-/Kitaleitungen müssen Polizeianfragen zum Aufenthaltsort von Schüler:innen nicht beantworten (§87 AufenthG) 3738
- **Kein Durchsuchungsbeschluss:** Polizei kann ohne richterlichen Beschluss nicht in jedes Klassenzimmer/Behandlungszimmer 3940
- **Unterrichtungsberechtigung:** Angefragte dürfen Betroffene über Polizeianfrage informieren, keine Sanktion bei Verhinderung der Abschiebung 38
- **Hausrecht:** Krankenhäuser haben Hausrecht, müssen keine Auskünfte geben 4041
- **Privatschulen:** Keine Übermittlungspflicht 38

## Wohnungen

- **Durchsuchungsbeschluss erforderlich:** Polizei darf nicht ohne richterlichen Beschluss in Wohnungen, auch nicht Türen aufbrechen 4041
- **Fluchtgefahr als Begründung:** Durchsuchungsbeschluss kann mit Fluchtgefahr begründet werden 40
- **Beschluss einfordern:** Bei Abschiebungsversuch nach richterlichem Beschluss fragen 4142

## Abschiebungsankündigung

- **Bescheid als Ankündigung:** Mit Ablehnung und Ablauf der Klagefrist bzw. negativem Klagebescheid ist Abschiebung bereits angekündigt (i.d.R. 30 Tage "freiwillige Ausreise") 3743
- **Keine konkrete Terminmitteilung:** Behörden müssen konkreten Abschiebungstermin nicht mitteilen (wird seltener, um Untertauchen zu verhindern) 37

## Abschiebungsbeobachtung und Dokumentation Bestehende Strukturen

- **Abschiebungsbeobachtung an Flughäfen:** An 4 deutschen Flughäfen (Köln, Düsseldorf, Hamburg, weitere) dokumentieren Mitarbeitende (z.B. Diakonie NRW) Abschiebungen 4445
- **Gremienarbeit:** Beobachtungen werden in Gremien mit Behörden und NGOs besprochen, Berichte anonym 4546
- **Abschiebungsreporting NRW:** Sebastian Rose (derzeit erkrankt) arbeitet Einzelfälle politisch auf, Meldungen möglich 46
- **Ziel:** Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen, Familientrennungen, Abschiebung Schwerkranker 444546

## Verbesserungsbedarf

- **Zentrale Meldestelle fehlt:** Abschiebungen passieren meist 5-6 Uhr morgens, Beratungsstellen erfahren zu spät davon 54247
- **"Schwarzes Brett" einrichten:** Interne Plattform für Beratungsstellen zum Austausch von Abschiebungsfällen zur gegenseitigen Stärkung und Mustererkennung 748
- **Lobby-Netzwerk:** Schnelle Interventionskette wie früher bei Amnesty (heute vermutlich WhatsApp-Gruppe) reaktivieren 4950
- **Kollektive Dokumentation:** Fälle sammeln und öffentlich machen, da Einzelorganisationen überfordert sind und pro Asyl bei Einzelfällen an Grenzen stößt 4851

## Vorbereitung auf mögliche Abschiebung Praktische Schritte

- **Ansprechpartner im Herkunftsland:** Beratungsstellen, Unterbringungsmöglichkeiten recherchieren, damit Person nicht orientierungslos ankommt 52
- **Notfallkontakte:** Telefonnummern von Vertrauenspersonen in Deutschland (Diakon, Beratungsstelle, Ehrenamtliche) als Zettel und im Handy hinterlegen 5354
- **Person des Vertrauens bei Abschiebungshaft:** Schriftliche Erklärung mitgeben, welche Person kontaktiert werden soll (neben Rechtsbeistand möglich) 54
- **Rechtshilfefonds:** Pro Asyl oder regionale Organisationen für Anwaltsvorschuss (ca. 400€) kontaktieren bei fehlenden Mitteln 55

## Alternative: "Freiwillige" Ausreise

- **Druckzwang:** Wenn Verhinderung aussichtslos erscheint, kann Person sich für "freiwillige" Ausreise entscheiden 56
- **Vorteile:** Verhindert traumatische Abschiebesituation, Person hat mehr Kontrolle über Ablauf 56
- **Mit Ausländerbehörde besprechen:** Modalitäten klären 56

## Offene Fragen und Herausforderungen

- **Medikation bei Abschiebungen:** Fall eines autistischen Kindes, das unter Medikation gesetzt wurde, um Abschiebung durchzuführen – solche Fälle müssen hocheskaliert werden 485157
- **Reisefähigkeitsbescheinigungen:** Ärzte sehen oft Reisefähigkeit, auch bei schwerkranken Menschen; Frage der Medikation zur "Herstellung" von Reisefähigkeit hochproblematisch 48
- **Fehlende Lobby:** Wenig Möglichkeiten, Unrecht bei Abschiebungen (z.B. Türaufbrechen ohne Beschluss) zur Anklage zu bringen, da Personen bereits abgeschoben 41
- **Obrigkeitshörigkeit:** Deutsches Problem, dass Rechtsempfinden zu wenig gegen vorgesetztes "Recht" gewichtet wird; mehr Widerstand gegen ungerechte Urteile nötig 1258

## Nächste Schritte

- Günter Haverkamp: E-Book mit Verenas Input überarbeiten und aktualisieren 78
- Günter Haverkamp: Liste mit Partnerorganisationen in Prävalenzländern erstellen 9
- Günter Haverkamp: Notfallgruppe beim Runden Tisch reaktivieren für schnelle Interventionen 1112
- Alle Teilnehmenden: Bei akuten Fällen Günter Haverkamp kontaktieren für Unterstützung durch Runden Tisch NRW/Deutschland (mehrere 100 Personen im Netzwerk) 59
- Verena: Link zu Informationsstelle für Abschiebung aus Krankenhäusern und Handreichung für Öffentlichkeitsarbeit in Krankenhäusern teilen 8

## Teilnehmende Organisationen

- Aktion weißes Friedensband (Günter Haverkamp) 60
- Ggua Flüchtlingshilfe Münster, Projekt Q (Verena Woermann, Ana Milena) 6162
- Solwodi Aachen (Melanie Beckers) 60
- Solwodi Würzburg (Eva Grebe) 63
- Fachstelle für unbegleitete minderjährige Geflüchtete (Juliane Katze) 64
- Flüchtlingsrat Wiesbaden (Bettina Lehmann) 65
- Fachberatungsstelle (Katja Weidmüller) 62
- Niedersächsischer Integrationsrat, Netzwerk FGM Braunschweig (Haddi) 66